

Das Afghanistan-Desaster

Warum hat der Westen so versagt, und welche Lehren müssen wir daraus ziehen?

VON DIETER SATTLER

Frankfurt – Das „Afghanistan-Desaster“ muss dringend aufgearbeitet werden. Nach 20 Jahren Kampf für die Menschenrechte und gegen die Taliban fällt die Bilanz der westlichen Intervention desaströs aus. Die Steinzeit-Islamisten sind wieder an der Macht. Beim überstürzten Abzug konnten nicht einmal alle diejenigen Afghanen gerettet werden, die den westlichen Truppen geholfen hatten und deshalb unmittelbar gefährdet sind. War der Einsatz also sinnlos? Was kann man für die Zukunft daraus lernen?

Mit diesen Fragen beschäftigte sich gestern eine interessante Tagung an der Frankfurter Goethe-Universität. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sie nicht nur von Akademikern, sondern auch stark von Praktikern geprägt wurde.

Das Terrain wurde allerdings erst einmal von Professor Christopher Daase von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) souverän vermessen. Seiner Meinung nach scheitern „große Staaten in kleinen Kriegen“ oft vor allem am Faktor Zeit. Ein führender Taliban habe einmal gesagt: „Der Westen hat zwar die Uhren, aber wir haben die Zeit“. Das sei zutreffend. Es fehle dem Westen oft der lange Atem und politische Wille, nach Interventionen sich selbst tragen

de Strukturen aufzubauen. Zwar sei der Zusammenbruch der afghanischen Armee überraschend schnell verlaufen, aber letztlich hätten die Soldaten, die sich kampfflos ergaben, rational gehandelt. Denn sie hätten gewusst, dass die alten auch die neuen Machthaber sein würden, mit denen man sich gut stellen müsse.

Armee mit Hilfestellung

Markus Laubenthal, stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr, bestätigte diesen Eindruck. Letztlich zeichnete er, der selbst lange in Afghanistan engagiert war, das Bild einer prinzipiell gut aufgestellten Armee, die aber eben nur mit Hilfestellung funktioniert hätte. „Zudem hat der überstürzte Abzug uns überhaupt keine Möglichkeit gegeben, den Übergang zu gestalten“, so Laubenthal. Bei künftigen Interventionen müsse man über bessere politische Begleitung nachdenken. Der Generalleutnant gibt aber die Hoffnung nicht auf, dass die über 20 Jahre ausgelegte Saat der Menschenrechte doch irgendwann aufgehen könnte.

Völlig illusionslos präsentierte sich dagegen Ebrahim Afsah, Wiener Professor mit iranischem Hintergrund. Sein anekdotischer, unakademischer Vortrag benannte knallhart Illusionen und Fehlent-



Eine Frau in Burka geht durch Kabul. In Afghanistan herrschen wieder die Taliban, die Fortschritte bei Frauenrechten in den letzten Jahren werden zunichte gemacht.

FOTO: AFP

wicklungen. Er streifte zwar den Zynismus, konnte aber mit Praxiserfahrung aufwarten. Denn Afsah war jahrelang als Berater in Afghanistan tätig und hatte dort beobachtet, wie einmal eine Milliarde Dollar unter anderem in den Taschen von Vizepräsidenten verschwanden, ohne dass es irgendjemanden groß gestört hätte.

Zu keinem Zeitpunkt sei das westliche Demokratie-Verständnis in Afghanistan angekommen. „Und jetzt wird der Abzug im gesamten islamischen Raum als Sta-

lingrad des Westens verstanden“, sagte Afsah, der Europa empfahl, auch vor dem importierten Islamismus auf der Hut zu sein. In diese Kerbe schlug auch Professorin Susanne Schröter, die Organisatorin der Tagung. Sie warf der deutschen Politik eine gewisse Blauäugigkeit vor. Während die Missachtung von Frauenrechten in Afghanistan als Asylgrund gelte, dulde man die Unterdrückung von Frauen rund um hiesige Moschee-Vereine als „Folklore“. Bei Auslandseinsätzen müsse man

laut Afsah künftig eher auf den Aufbau funktionierender Verwaltungen als auf Demokratie-Export schauen. Frauen- oder Schwulrechte seien ihm persönlich wichtig. Sie aber nach vorn zu schieben, sei kontraproduktiv.

Das konnte man durchaus anders sehen, als man Zarifa Ghafari hörte, geflohene Bürgermeisterin der Stadt Maidan Shar. Sie hofft, ähnlich wie der Soldat Laubenthal, dass der Einsatz für Bildung und Frauen nicht vergeblich war. Um Hunger zu verhindern, solle der Westen Afghanistan durchaus materiell helfen – aber vorrangig über Hilfsorganisationen, was, so Ghafaris Hoffnung, auch alternative politische Modelle am Leben erhalten könnte.

Bei der Abschlussdiskussion empfahlen hessische Politikerinnen und Politiker wie Lucia Puttrich (CDU), die Erwartungen bei künftigen Interventionen herunterzuschrauben. Aber die Frage, wie der goldene Mittelweg zwischen reiner Krisenintervention und Demokratie-Export genau aussehen könnte, blieb unbeantwortet. Wäre der Kompromiss eine Autokratie wie in Ägypten oder der Türkei? Dort gibt es zwar keine echte Demokratie, aber immerhin eine einigermaßen funktionierende Verwaltung und Versorgung der Bevölkerung. Das ist zumindest viel mehr als die Taliban bieten können.